Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

84 (3.3.1846)

Visual Library

Wochenblatt (XV.)

als Fortsetzung der

Landtags-Zeitung.

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 84 u. 85.] **Karlsruhe 1846.** [3. März.]

Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Ueberblick des badischen Verfassungslebens, mit besonderer Rücksicht auf die Richtung und Thätigkeit der Parteien in der zweiten Kammer.

Von **A. v. Soiron.**

(Fortsetzung.)

Hatte bis zu solchen Ansprüchen die schönste Harmonie zwischen der Regierung und der zweiten Kammer und in dieser selbst geherrscht, so begann von nun an das niederschlagende Schauspiel eines steten Kampfes zwischen Regierung und Ständen, welchem bald eine Spaltung in der Volkskammer selbst folgte, die Spaltung zwischen Opposition und nachgiebigen Freunden des Friedens, welche sich dadurch charakterisirte, daß die Opposition, eingedenk ihrer Pflicht und durchdrungen von der Wichtigkeit eines unerschütterlichen Fundaments für jedes Gebäude, Grundsätze, wie die vorbenannten unter allen Umständen bekämpfte, die Freunde des Friedens dagegen oft gegen ihre ursprünglich ausgesprochene Ansicht, ja selbst im Widerspruch mit bereits gefaßten Beschlüssen, denen sie selbst beigestimmt hatten, einen wahren Grundsatz nach dem andern aufgaben, sobald die Regierung ihren unabänderlichen Willen kund gegeben hatte. Dieses waren die ersten Kennzeichen der Parteien; sie sind die nämlichen geblieben, nur daß später 1825 noch eine dritte Partei auftrat, welche von dem Grundsatz, Nichts bestreiten zu dürfen, und Alles vertheidigen zu müssen, was die Regierung will und behauptet, auszugehen schien — eine Partei, die heute noch ihre Vertreter hat.

Unter den angeführten Verhältnissen konnte ein Zerwürfniß nicht ausbleiben.

Auf diesem, wie auf dem ersten Landtag hatten beantragte Ersparnisse bei den Gesandtschaften verletzt; die Hauptveranlassung zum Bruch waren aber die Verhandlungen über den Militäretat.

Die Regierung hatte für diesen Etat ursprünglich die Summe von 2,648,000 fl. verlangt, die Budgetcommission aber, in Berücksichtigung der allgemeinen Verarmung, die Bewilligung nur von 1,450,000 fl. beantragt und die einzelnen Positionen bezeichnet, bei welchen Ersparnisse eintreten könnten. Ueber die Differenz zwischen diesen Summen wäre vielleicht eine gegenseitige Uebereinkunft zu Stande zu bringen gewesen, so schwer es auch den Vertretern des Volks geworden wäre, mehr zu votiren, bei der in der Thronrede anerkannten Noth im ganzen Lande und bei der einmüthigen Ueberzeugung, daß die vorgeschlagene Summe genüge. Allein schon in der Berathung hatten die Minister sich geäußert: die Regierung lasse am Militärbudget nichts abziehen, und wenn auch die Kammer nicht die ganze verlangte Summe bewilligen sollte, so würde dieselbe, als durchaus erforderlich, um den Bundespflichten genügen zu können, doch verwendet, auch werde alsdann das Volk die so lebhaft gewünschten Gesetze nicht erhalten. Nach längerer Diskussion ließ sich — da schon viele Abgeordnete ihre Ansicht ausgesprochen — erwarten, daß der Commissionsantrag mit großer Majorität durchgehen würde. Da wurde von einem der Regierungscommissäre in der Sitzung vom 25. Januar 1823 ein Rescript des Inhalts verlesen: Die Regierung habe den Militäretat nochmals auf das genaueste berechnen lassen; sie sei noch der Ueberzeugung, daß zur Deckung sämmtlicher bundespflichtmäßigen Militärbedürfnisse, selbst nach stattgehabter Einschränkung, die Summe von 1,600,000 fl. erforderlich sei. Um jedoch der Kammer zu beweisen, welchen Werth sie (die Regierung) darauf lege, sich mit ihr zu vereinbaren und sich in Frieden und Eintracht von ihr zu trennen, wolle sie das Aeußerste versuchen. Ihre endliche und unwandelbare Erklärung gehe dahin:

1) daß der Betrag der Militärbedürfnisse mit 1,600,000 fl. in das Budget aufgenommen,

2) davon aber 50,000 fl. zur anderweiten Disposition abgegeben,

3) auf den Fall jedoch, daß die Regierung mit der Summe von 1,550,000 fl. nicht ausreichen sollte, ihr ein Kredit von 50,000 fl. eröffnet,

4) daß ihr ein weiterer Kredit von 39,000 fl. für Militärfrohnden und Verpflegung der Beurlaubten auf dem Marsche bewilligt werde.

Dieser Antrag wurde aber mit 59 gegen eine Stimme verworfen.

Den Antrag eines Mitglieds 1,550,000 fl., ausschließlich obiger 39,000 fl. zu bewilligen, verwarf die Kammer mit 34 gegen 26. Gleiches Schicksal hatte mit 34 gegen 26 Stimmen ein weiterer Vorschlag: 1,500,000 fl. zu votiren, der Militärverwaltung noch überdieß den Erlös aus abgängigen Requisiten und unbrauchbaren Pferden u. s. w. zu überlassen und einen weitern Kredit von 39,000 fl. für die Militärfrohnden und Verpflegung der Beurlaubten auf dem Marsche zu eröffnen.

Mit 35 gegen 25 Stimmen angenommen wurde der Vorschlag: die Summe von 1,500,000 fl., ausschließlich 39,000 fl. für die Militärfrohnden und die Verpflegung der Beurlaubten auf dem Marsche zu bewilligen.

In einer der nächsten Sitzungen ließ hierauf die Regierung wiederholt erklären, daß sie außer Stand sei, mit der bewilligten Summe die Bundespflichten zu erfüllen, daß, da nach dem Art. 58 der Schlußakte zu dem deutschen Bundesvertrag der Großherzog durch Seine Stände in Erfüllung Seiner Bundespflichten nicht gehindert werden könne, somit das Bedürfniß des bundesmäßigen Militärs für die laufende Finanzperiode auf die Summe von 1,600,000 fl. festgesetzt werde.

Dieser von Großherzog Ludwig unterzeichnete und von Staatsminister v. Berstett contrasignirte Akt schließt mit den Worten:

„Wir müßten es übrigens sehr bedauern, wenn die zweite Kammer Unserer getreuen Stände sich dabei nicht beruhigen und durch fortgesetzten Widerspruch eine Vereinbarung nach so lange dauernden Verhandlungen unmöglich machen sollte. Wir müßten es beklagen, wenn Uns die Mittel entzogen würden, Unserem Volk die so sehnlich gewünschten Wohlthaten der Aufhebung alter Abgaben, die Uebernahme der Landschaftsschulden, die Erleichterung in Entrichtung des Straßengeldes, die Aufhebung der Militärfrohnden und die Befreiung von der Verpflegung der Beurlaubten gegen Bezahlung eines geringen Kostgeldes, zu Theil werden zu lassen."

Gegen diesen Erlaß bemerkte als erster Redner der Abg. v. Itzstein: Es handle sich jetzt nicht mehr um das Geld, sondern es gelte jetzt die Allen heilige Verfassung, es gelte das Seyn oder Nichtseyn in der öffentlichen Meinung. Er wisse nicht, wie eine freie Abstimmung, ein freies Wirken der Kammer, hervorgehend aus ihrer innern Ueberzeugung, möglich und denkbar wäre, wenn nach jeder Abstimmung ein Rescript erschiene, des Inhalts, wie das besprochene. Man dürfe sich durch die Drohung: die Regierung werde für das Wohl des Landes nichts thun, wenn man ihr in einem Punkt entgegentrete, nicht bestimmen lassen, denn eine solche Drohung könne von einer gewissenhaften Regierung nicht ernstlich gemeint seyn.

Der §. 58 der Schlußakte wurde von allen Seiten als bindend anerkannt, es wurde sich jedoch auf die Nachweisung der Commission, nach welcher noch bedeutende Ersparnisse möglich und darauf bezogen, daß auch über die Größe der Militärleistungen ein Bundesbeschluß noch nicht verkündet und folglich wegen §. 2 der Verfassungsurkunde für Baden noch nicht existire.

In der frühern Sitzung hatte der Abgeordnete und Regierungscommissär v. Liebenstein auf die am Schluß des Rescripts herausgehobenen augenblicklichen Vortheile der Nachgiebigkeit und auf die eben so augenblicklichen Nachtheile des Beharrens beim frühern Beschluß hingewiesen und gefunden, daß diese Vortheile und Nachtheile schwerer wögen, als das pflichtgebotene Festhalten an dem Grundpfeiler der Verfassung, dem Recht der freien Steuerverwilligung. Diese augenblicklichen Vortheile und Nachtheile und die Schwäche, die sich Liebe zum Frieden nennt, übten ihre Gewalt und es wurde nur mit 30 gegen 29 Stimmen beschlossen, bei dem frühern Beschluß stehen zu bleiben.

Tags darauf, am 31. Januar 1823, wurde die Ständeversammlung geschlossen.

Das Regierungsblatt vom 10. Februar 1823 enthält ein vom Staatsminister v. Berstett contrasignirtes Manifest vom 6. desselben Monats.

In diesem wird dem Volk eröffnet, daß die Regierung durch verschiedene neue Gesetze den Wünschen der Stände entgegengekommen. Habe man manche andere Wünsche unbefriedigt lassen müssen, so sei man nicht durch die Verwerflichkeit der angebrachten Anträge, sondern nur durch die Betrachtung zurückgehalten worden, daß eine übereilte Umwandlung aller bestehenden, wenn gleich im Laufe der Zeit mangelhaft gewordenen Einrichtungen mit Gefahren begleitet sei, die nur durch ein allmähliges Fortschreiten auf dem Wege der Reform beseitigt werden könnten. Hierauf wird die Majorität der zweiten Kammer angeklagt: Sie habe aller dringenden Aufforderung unge-

achtet in vier langen Monaten und später keine kräftige Hand an's Werk gelegt und weder die Budgetarbeiten noch die übrigen Vorlagen der Regierung befördert. Wo die Vorschläge der Regierung keinen unmittelbaren Widerstand gefunden, da habe man ihre wohlthätigen Absichten auf mittelbare Weise vereitelt. Durch die Beschlüsse der Kammer hinsichtlich des Militärbudgets und hinsichtlich des Aufwandes der auswärtigen Gesandtschaften sei das Interesse der Regierung und des Landes wesentlich bedroht worden, und so trage die Kammer durch ihre Hartnäckigkeit die Schuld, daß sieben Monate landständischer Verhandlungen hätten erfolglos bleiben müssen.

(Fortsetzung folgt).

Rundschau.

— Die Abendzeitung (Nr. 57) bringt die meisten Nachrichten über die Urwahlen, welche im Allgemeinen für die Bürger günstig zu sein scheinen. Die Rückschrittspartei hat bis jetzt wenige Erfolge aufzuweisen; an manchen Orten wurden ihre Anstrengungen nur mit Mühe überwunden. Die Bürger sehen ein, um was es sich handelt, nämlich um die Frage, ob sie die Rechte, welche die Verfassung und die unter Mitwirkung der Stände erlassenen Gesetze ihnen gewähren, ob sie diese Rechte schützen und erhalten oder ihren ehemaligen Unterdrückern, die es gern wieder werden möchten, preisgeben wollen.

— In der Abendzeitung gibt v. Soiron eine Erwiderung auf einen Artikel in Nr. 37 der Karlsruher Zeitung, der ihn beschuldigt hatte, den Vorfall in der Theaterrestauration in Mannheim bei Begründung seiner Motion unrichtig dargestellt zu haben. Die Karlsruher Zeitung hat die Erwiderung nicht aufgenommen, obgleich sie nach §. 10 des Preßgesetzes dazu verbunden war.

— Das Mannheimer Journal kömmt auf den Vorwurf zurück, der in der Karlsruher Zeitung dem Aufsatze der oberrheinischen Z. „an den Gewerbs- und Landmann" gemacht wird, auf den Vorwurf nämlich, daß bei Aufzählung der mit den Ständen vereinbarten Gesetze nicht ausdrücklich auch der Mitwirkung der Regierung gedacht worden sei. Das Journal hält diesen Vorwurf für ungegründet (wir haben uns ebenfalls schon darüber ausgesprochen); dagegen scheint es ihm angemessen, ein Verzeichniß der wichtigsten, ohne Zustimmung der Stände erlassenen Verordnungen aufzustellen. Es werden hierauf neun Verordnungen aus den Jahren 1819 bis 1840 aufgezählt, das Adelsedict, die Censurordnung, Beschränkung der Redefreiheit, Verbot von Vorstellungen und Adressen an den Bundestag, Aufhebung des Preßgesetzes, Beschränkung des Steuerbewilligungsrechts u. d. gl. betreffend. Vergleiche man diese Verordnungen mit den in der oberrheinischen Zeitung aufgezählten Gesetzen, so lasse sich — meint das Journal — deutlich erkennen, welche Anregungen von der Regierung, welche von den Ständen ausgegangen sind.

— Die Seeblätter bringen ebenfalls günstige Berichte über die Urwahlen, doch lauten sie meistens noch zu allgemein, so daß nähere Bestätigung zu erwarten ist.

— Die Oberrheinische Zeitung berichtet aus Forchheim, Amts Kenzingen, daß dort Bürgermeister Wernet und die Gemeinderäthe D. Fehr und A. Biehle zu Wahlmännern gewählt worden, und daß die beiden letzteren zu den Männern gehören, welche die Petition gegen Zittel's Motion nicht unterzeichnet haben.

Derselben wird aus Heidelberg geschrieben, daß Hofrath Welcker wegen aufrührischer Reden in Dossenheim bei dem Oberamte Heidelberg angezeigt worden sei. Die gefährlichen Aeußerungen bestehen in einer Unterredung mit Bürgern in Dossenheim über die bevorstehende Wahl. Das Morgenblatt läßt Welckern beinahe todtgeschlagen werden, oder, wie es sich ausdrückt, „einem Volksgerichte zum Opfer fallen"; jetzt wird er gar noch als Rebell angezeigt. Armer Welcker! Doch — der ist kein rechter Mann, der keine Feinde hat!

— Das heutige Morgenblatt schreibt aus dem Mittelrheinkreis ††: Die Wahlen nehmen so ziemlich überall ihren Anfang und fallen durchgehends günstig für die conservative Partei aus. Als Belege für diese Freudenbotschaft finden wir aber im Morgenblatte bis jetzt noch nichts als zwei Wahlmänner in der Stadt Waldshut (der dritte scheint noch nicht conservativ genug zu sein), die Wahl in dem Dorfe Wyhl und ... Zittel's Wahl in Bahlingen! Triumph! Darin aber geben wir dem †† recht, daß er das Verfahren einzelner Berichterstatter in liberalen Blättern rügt, welche etwa Einen liberalen Wahlmann nennen und die mehreren, welche die Gegenpartei durchgesetzt hat, verschweigen. Ist dieß geschehen — wir glauben, daß es wenigstens in einem Falle geschehen ist — so halten wir es für sehr unrecht. Man muß die ganze Wahrheit sagen, wenn man sie weiß, auch wenn sie uns nicht gefällt. Was hilft es, wenn man sich und Andere auf kurze Zeit täuscht? Wir schmeicheln uns nicht mit der Hoffnung auf einen leichten Sieg des guten Rechtes der Bürger über die vielen Kräfte, welche vereint gegen sie wirken. Das Centralcomite der Rückschrittspartei in Mannheim bezahlt zahllose Flug-

schriften, welche von Straßenwärtern und anderen Bediensteten und Unbediensteten auf Chausseen verstreut, in den Dörfern verbreitet, auf den Märkten vertheilt werden, und ganz geeignet sind, einfache Männer zu berücken und auf Irrwege zu leiten. In einem Cirkular, welches die Oberrheinische Zeitung (Nr. 58) mittheilt, werden die katholischen Geistlichen zu Wahlumtrieben gegen die Vertheidiger der Verfassung und der Gesetze aufgefordert und sie werden ermahnt, fleißig über den Gang der Wahlen mit der Aufschrift „Wahlsache" unter Couvert: „An die Redaction der süddeutschen Zeitung" zu berichten, von wo aus ihnen weitere Verhaltungsbefehle zugehen würden. Es wäre Thorheit und leichtfertige Selbsttäuschung, zu glauben, daß alle diese durch Geld und Ansehen unterstützten Verführungsmittel ohne allen Erfolg bleiben würden. Darum gilt es, wachsam und thätig zu sein; nur dann, dann aber auch gewiß, wird die gute Sache der Bürger siegen!

— In Nr. 51 des Morgenblattes ergeht sich der Mitarbeiter von der Murg wieder mit Herzenslust in einem Sumpf von Schmähungen gegen die Mehrheit der zweiten Kammer. Seine Arbeit zeigt ein verwahrlostes Gemüth, von dem sich der unverdorbene Mensch mitleidig abwendet. Solche Gegner sind nicht gefährlich, nur bedauernswerth. Zwei Stellen des Artikels mußten wir dennoch belächeln. Einmal, wo er es der Regierung zum besondern Verdienst anrechnet, — daß sie die Stände ohne einen bestimmten Anlaß, ohne eine, zwischen ihr und den Ständen streitig gewordene Frage aufgelöst habe. (Wir wünschen der Regierung, in ihrem Interesse, nicht viele derartige Freunde). Sodann, wo er sagt: die Kammer wollte die Auflösung des Unrechts, der Anarchie; es ward ihr aber die Auflösung des Rechts. So schien uns, beim ersten Anblick, der Sinn; aber beim näheren Hinsehen fanden wir einen Unsinn.

— Mit dem früher erwähnten Siegeslied über die Wahlen, im Morgenblatte, stimmt ein Artikel aus Konstanz in der nämlichen Nummer (51) nicht überein, aus dem die Besorgniß hervorleuchtet, Mathy werde wieder zum Abgeordneten gewählt werden. Der Verfasser hält es für möglich, sogar für wahrscheinlich, daß die „bornirten Köpfe" der „sogenannten Fortschrittspartei" solche Wahlmänner durchsetzen werden, welche die Wahl Mathys sichern, indem die conservative Partei nicht Muth genug zusammenbringe, um der „Frechheit, Grobheit und Anmaßung" und anderen „Einschüchterungselementen," welche die Wortführer der liberalen Partei entwickeln, entgegenzutreten. Der Vorwurf der Feigheit, welchen der Verfasser seiner eigenen Partei in Konstanz macht, ist eben nicht sehr schmeichelhaft für dieselbe; allein er ist auch nicht so ernstlich gemeint. Er findet nämlich die Wahlart „unpraktisch" und wünschte lieber direkte Abgeordnetenwahlen, oder wenigstens geheime Abstimmung, weil dann auch nicht die entfernteste Aussicht für Mathy vorhanden sei. Warum denn nicht? Wohl aus keinem andern Grunde, als weil man bei direkten Wahlen große Volksmassen, z. B. die Paradieser, mit Spiesen und Stangen (wie gestern das Morgenblatt die wohlbewaffneten Dossenheimer) auf den Wahlplatz führen und im Schnappsfanatismus das Weitere besorgen zu lassen — hoffen könnte. Wir sagen — hoffen könnte, denn wir haben selbst von den 450 Unterzeichnern der Jesuitenpetition eine zu gute Meinung, um zu glauben, daß sie sich zu einem solchen Wahl-Landsturm würden anwerben lassen. Ein Wahlkollegium von 32 verständigen Männern, das kann die Partei des Rückschritts in Konstanz nicht brauchen.

Was die geheime Abstimmung betrifft, so haben die Liberalen sie immer vertheidigt, aber die Regierung hat bei Anlaß der Heidelberger Wahl entschieden, daß die Abstimmung öffentlich sein soll. Die Liberalen sind also daran nicht schuld. Gewöhnlich ist die unterliegende Partei mit dem Wahlgesetz unzufrieden. Wir halten unser Wahlgesetz für gut, auch wenn die Wahlen nicht nach unserm Sinne ausfallen. — Ob Mathy in Konstanz wieder gewählt werden wird, können wir nicht wissen. Man läßt es nicht an Bemühungen fehlen, die Wahl auf einen Andern zu lenken, und hat sogar, lächerlich genug, ausgestreut, daß Mathys Wahl der Eisenbahn an den Bodensee eine andere Richtung als nach Konstanz geben würde. Jedenfalls hoffen wir, daß Konstanz keinen Mann zum schwarzen Landsturm stellen werde. Nach den Seeblättern hatte die conservative Partei auf den 26. Abends 6 Uhr eine Versammlung in dem Theatersaale ausgeschrieben, und die Liberalen hatten beschlossen, sich ebenfalls dort einzufinden. Man wird also bald erfahren, ob die Besorgniß des Mitarbeiters am Morgenblatt, daß Mathy etwa wieder gewählt werden könne, begründet war.

— Das Morgenblatt bringt endlich auch den Schluß des Aufsatzes: „die Preßfreiheit und der Radikalismus" von Hofrath Platz, dem man die Folge zu großer Anstrengung ansieht; er ist ganz schwach. Herr Platz glaubt übrigens, seinen Gegner maustodt geschlagen zu haben, und, nach dem Sprüchworte: Von Todten soll man nur Gutes reden, behandelt er den Leichnam ganz artig, nennt ihn, mit Shyloks Worten, „einen Daniel", einen „jungen gelahrten Herrn Doktor", ferner einen „originellen Kauz", dessen Stylübung (nicht die Motion des Herrn Hofrath Platz) nur etwas schülerhaft und der auch nicht der Mann sei, um zu beur-

theilen, ob Er (Hofrath Platz) Geschmack habe; zuletzt nennt er ihn sogar einen „guten Mann", und unterzeichnet: „Mit unbekannter Hochachtung Ihr ergebenster Diener Platz." Mehr kann ein getödteter Feind nicht verlangen. Leben Sie wohl, Herr Hofrath. Sie bringen nun wohl die rückständigen Fortsetzungen des Rückblicks auf das Wirken der badischen Volkskammer? — Dann sehen wir uns wieder.

— Die süddeutsche Zeitung ist auch wieder da und kündigt an, daß die Flugschrift: „Nutzanwendung von der Landwehr" und eine zweite, 60 Seiten starke Flugschrift: „Sollten die badischen Landstände aufgelöst werden? Antwort: Ja. Wer soll, wer aber darf nicht zum nächsten Landtag als Abgeordneter gewählt werden?" — ihre beiden Wahlmanifeste seien. Von dem Rundschreiben an die Geistlichen, daß sie auf ihre Rechnung aus Leibeskräften Wahlumtriebe machen sollen, sagt die Süddeutsche nichts, fällt dagegen über die „Worte der Beruhigung" her, welche sie irrthümlich für das Wahlmanifest der Radikalen hält oder doch, in Ermanglung eines andern, dafür ausgibt, während sie doch nur das wirksame Gegengift für ihre schlechten Flugschriften sind. Die Jesuiten wollen Aufregung, Entzweiung, Haß; darum sind die Worte der Beruhigung ihnen sehr unangenehm und die Süddeutsche schreibt aus ihren Flugschriften alle möglichen Lügen ab, um das Volk für die Beruhigung unempfänglich zu machen. Aber sie verrechnet sich. So dumm, oder vielmehr so roh und unwissend wie die Entlibucher und Urner, gibt es in Baden nicht viele Leute; das Volk findet an ihren Flugschriften wenig Geschmack und benutzt sie deshalb zu anderen Zwecken als zum Lesen. „Sauerkraut ist gut für den Schmidt, aber für den Schneider nit." Der schlichte Bauer fühlt, daß Diejenigen, die ihm solches Zeug in die Hände geben, ihm nicht einmal gesunden Menschenverstand zutrauen und ist darüber entrüstet. Was für Deputirte sie verlangt, ist übrigens nicht recht klar. Sie scheint schwer zu befriedigen, denn heute ist sie sogar mit Freiburg nicht zufrieden (dies läßt sie sich aber wohlweislich vom Neckar schreiben, um das eigene Nest sauber zu halten). Freiburg, heißt es, habe bei der Mithülfe zum schwarzen Landsturm (sie nennt es „katholische Bewegung") der Erwartung nicht entsprochen. Die angestammte Selbstständigkeit" (d. h. der unbedingte Gehorsam gegen die Jesuiten) beuge sich unter untergeordneten Rücksichten und unter einer Art Familienpatriziat (Niemand soll herrschen als der Jesuit). Aber bei der jetzigen Abgeordnetenwahl solle sich die Stadt über die Enge örtlicher Rücksichten erheben und entschiedene Katholiken zu ihren Abgeordneten wählen. Daraus ist zu entnehmen: 1) daß die Herren Litschgi und Hägelin der Süddeutschen nicht entschieden genug sind; 2) daß Freiburg auswärtige Abgeordnete (zwei Luzerner Jesuiten?) wählen soll. Ob Freiburg dies thun wird? —

Mit den Berichten über die Urwahlen sieht es in der Süddeutschen auch nicht sehr glänzend aus. Sie weiß nirgendwoher zu berichten als von Kenzingen, wo die Bürger mit leuchtendem Auge nach eigener Ueberzeugung gewählt hätten. Das leuchtende Auge ist sehr gut gegeben. Leider erfahren wir die funkelnden Namen der Gewählten nicht; ist vielleicht Hr. Nombride nicht mehr gut genug für Kenzingen? Ein böses Anhängsel zu der brillanten Kenzinger Wahl ist ein Artikel aus dem Oberland, welcher mit dem selbstständigen, mündigen katholischen Volke barbarisch umgeht, weil es nicht recht pariren will. Es wird ihm vorgeworfen, daß es zu gutmüthig sei, daß es die Hände in den Schoos lege, es wird mit dem Schmeichelnamen „gute Zottel" beehrt. Zuletzt wird die Geistlichkeit angegangen, sich besser an den Laden zu legen. Der vorgedachte Mitarbeiter vom Neckar zweifelt auch „schon fast," ob der Landsturm diejenigen Früchte tragen werde, welche er „in seiner kräftigen Entfaltung so reichlich verheißen hat." In Heidelberg, meint er, sei bei aller Bemühung keine so sichere Aussicht vergönnt. Die Freiburger sollen mit gutem Beispiel vorangehen (es ist schon schlimm, wenn man sich auf Andere verlassen muß) — „dann können wir (der Heidelberger) vielleicht auch noch zu einigem Sieg gelangen." — O weh, da sieht es schlimm aus — für die süddeutsche oder wälsche Zeitung. Wir haben es euch vorausgesagt, ihr Herren, das Volk ist deutsch gesinnt, Katholiken und Protestanten, es kennt und liebt die Verfassung, die ihr ihm zum Fluch verkehren wollt, es bekennt die Religion der Liebe, in beiden Konfessionen, und will von euerer Aufreizung zum Haß, deren verderbliche Folgen es einsieht, nichts wissen. Darüber würden euch die Wahlen gründlich belehren, wenn ihr etwa noch zu belehren wäret. Jedenfalls könnt ihr euch einstweilen auf Artikel besinnen, um die Niederlage zu beschönigen, die euere wälschen Künste auf deutschem Boden erleiden werden.

— Die Karlsruher Zeitung vom 27. entlehnt der Freiburger Zeitung einen Artikel prophetischer Natur; er beschäftigt sich nämlich mit der Zusammensetzung der künftigen Kammer, und ist ruhig und besonnen gehalten. Dem Volke wird darin der Rath gegeben, nicht ausschließlich Bürger zu wählen, sondern auch Staatsdiener, aber nur rechte, die Charakter und Kenntnisse besitzen, deren es ohne Zweifel immer noch im Lande gebe. Wir halten diesen Rath für

vernünftig, da wir die Leistungen tüchtiger Staatsdiener in der Kammer sehr wohl zu schätzen wissen, auch wenn wir in manchen politischen Fragen nicht mit ihnen übereinstimmen können. Diejenigen, welche 7 Advokaten in der Kammer für zu viel halten, werden zugeben, daß 10 bis 12 Staatsdiener genug sind. Nur wünschten wir, daß die Bezirke, welche Staatsdiener wählen wollen, ihr Augenmerk vorzugsweise auf Mitglieder der Gerichtshöfe und der Ministerien richten möchten, die besser zu Abgeordneten taugen als Amtleute (Ausnahmen zugegeben); die unteren Verwaltungsbeamten sind auf ihren Posten nothwendiger als in der Kammer; ungeachtet der vom Staate bezahlten Stellvertreter leiden doch die Geschäfte in der Regel, wenn der Amtsvorstand monatelang in der Residenz verweilt. Wären es seine eigenen Geschäfte, nun, so wäre es ein Opfer, das der Beamte, wie der Bürger, brächte; aber es sind die Angelegenheiten der Bezirksangehörigen und diese sollten nicht leiden.

Freilich gibt es auch Bezirke, welche nichts gegen die Abwesenheit ihres Amtsvorstandes einzuwenden haben; allein solche Beamte passen am wenigsten in die Kammer. — Nach der Ansicht des Verfassers wird die nächste Kammer so stehen: ihr Grundton wird conservativ sein, in verschiedenen Schattirungen, aber nicht abhold vernünftigen, vom Geiste der Mäßigung geleiteten Reformbestrebungen, nach dem wahren Bedürfnisse der fortschreitenden Zeit, mit einer zweifelsohne compakten Opposition, welche mit gemäßigteren Forderungen und Formen in der Minorität mehr Gutes zu thun im Stande sein wird, als sie in der Majorität durch ihre maßlosen Anfeindungen und Persönlichkeiten (soll heißen: durch ihr Begehren auf Abstellung landeskundiger Mißbräuche in der Verwaltung) dem Lande genützt hat. „Eine solche Kammer wird jeder ächte Vaterlandsfreund gern mit uns als die Morgenröthe einer erfreulichen Zukunft begrüßen." In einem früheren Artikel, unmittelbar nach der Auflösung hieß es: „des Landes Zustände haben eine Vervollkommnung erreicht, worauf der Badener mit Stolz schaut." Jetzt wird uns doch erlaubt, eine bessere Zukunft zu hoffen, wenn eine tüchtige Kammer gewählt wird. Wir setzen hinzu: und wenn die Regierung Ernst zeigt, den Beamten und Behörden ein gesetzliches Benehmen gegen die Bürger anzuempfehlen und die Zuwiderhandelnden zur Rechenschaft zu ziehen. Wäre dies geschehen, dann hätte man den Jesuiten und Absolutisten nicht den Gefallen zu thun brauchen, die Stände aufzulösen. Jetzt sind es die Liberalen, welche beweisen, daß sie es mit der bürgerlichen Regierung gut meinen, und sich bemühen, das Land aus der Gefahr zu retten, obgleich sie auch dafür noch gescholten werden. In der Schrift: Das Rongethum in der badischen Abgeordnetenkammer, von Hofrath Dr. Buß (ähnlich einer andern Schrift „aus den Papieren eines Wahnsinnigen") heißt es S. 9: „Verwaltung, linke und rechte Seite in der Kammer haben ganz die gleichen politischen Grundsätze, nur die Grenze, wie weit jeder dieser drei Theile gehen will." Kinder und Narren sagen die Wahrheit. Wir hoffen wenigstens, daß es in dem Sinne wahr ist, daß alle drei Theile aufrichtig das Wohl des Vaterlandes wollen Darum gehen die Jesuiten und Absolutisten nicht nur der bürgerlichen Mehrheit der aufgelösten Kammer, sondern auch der Verwaltung zu Leibe, welche für sich allein nicht im Stande wäre, sich derselben zu erwehren.

Die Paar Ausfälle gegen die frühere Mehrheit abgerechnet, ist übrigens der Artikel nicht übel, und so harmlos wie der darauf folgende, welcher ankündigt, daß die Störche auf Petri Stuhlfeier richtig eingetroffen, und daß in Carlsruhe schon ein Maikäfer gefangen worden ist. Dürften wir der Carlsruher Zeitung einen Rath geben, so würde er darin bestehen, die gehässigen Ausfälle gegen die bürgerliche Mehrheit wegzulassen; sie könnte dieselben etwa dazu verwenden, noch einige Maikäfer zu fangen.

Briefe.

* Mannheim, 1. März. Tag und Nacht sind zwei hiesige Druckereien in Thätigkeit, um die bei Herrn Joseph Tunna jun. eingehenden Gelder für Druckschriften zu verwenden, welche das Volk zu Wahlen im Sinne der Rückschrittspartei bestimmen sollen. Das Centralcomite der Kamarilla hält es insbesondere für nothwendig, die Evangelischen zu berücken, welche anfangen, gegen das Treiben der Jesuiten auf ihrer Hut zu sein. Herr Spitalpfarrer Winterer, Mitglied des Centralcomite und fleißiger Arbeiter im ultramontanen Weinberge, gibt sich der Hoffnung hin, daß ihm die Irreleitung der Evangelischen gelingen werde und spricht zu ihnen, in einem Flugblatte, wovon 18,000 Exemplare unausgesetzt gedruckt worden sind, unter der Maske eines warmen Freundes der evangelischen Kirche, eines evangelischen Geistlichen!

Das Flugblatt trägt die Ueberschrift: Evangelische Geistliche! Evangelische Kirchenälteste! Evangelische Gemeinden! Es ist also ein Aufruf, den wir näher betrachten müssen, um den Lesern den Abgrund zu zeigen, in welchen die Jesuiten und Absolutisten Re-

gierung und Volk unbedenklich stürzen möchten, um die Verfassung zu beseitigen und dann zur Herrschaft zu gelangen — wie in Luzern, wo die Jesuiten einige tausend wohlhabende Familien an den Bettelstab gebracht, das Land für ein Menschenalter zu Grunde gerichtet, aber ihr Ziel, die Herrschaft, erreicht haben.

Nachdem sich der Erzjesuit, wie gesagt, als evangelischer Geistlicher vorgestellt hat, wendet er sich gegen die Mehrheit der zweiten Kammer und begeifert sie mit den nämlichen Lügen, wie die in Freiburg von der süddeutschen Zeitung ausgegebenen Flugschriften. Mit Namen werden genannt: Welcker, Bassermann, Mathy, Soiron, Straub, Brentano (drei Katholiken und drei Evangelische), weil sie hauptsächlich vor dem Treiben der Jesuiten und Absolutisten gewarnt und gegen die Mißbräuche der Polizei und Censur geklagt haben. Der Jesuit frägt die Gemeinden, ob sie nicht vielmehr über zu schlechte, als über zu strenge Polizei zu klagen, ob nicht diebische und ausschweifende Leute zu viele Freiheit haben? Ob das Lügen, Stehlen und Betrügen nicht überhand nehme? — Der Jesuit sagt aber nicht, daß die Mehrheit der Kammer gerade darüber klagte, daß die Thätigkeit der Polizei zu wenig auf die Verhütung und Entdeckung von Freveln gerichtet sei, weil sie sich zu viel mit der Beschränkung der gesetzlichen Rechte der unbescholtenen Bürger beschäftige.

Zwei Monate, sagt der Jesuit, waren die Landstände beisammen, und haben nichts gethan; der vorige Landtag hat 131,000 Gulden gekostet. — Auf dem vorigen Landtage aber sind eine Reihe nützlicher Gesetze zu Stande gekommen, darunter das große Werk eines Strafgesetzbuchs, mit stärkerem Schutze für das Eigenthum, das mündliche und öffentliche Strafverfahren, die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, alle zur besseren Sicherung von Leben, Freiheit und Eigenthum der Bürger, sowohl gegen Mißbrauch der Amtsgewalt als gegen Verbrecher. Die letzte Kammer aber hat alle Vorlagen der Regierung mit Fleiß und Gründlichkeit behandelt, und wenn nicht weitere Vorlagen an sie gekommen sind, so ist es nicht ihre Schuld. Sie hat eine Gewerbeordnung, Ackerbauschulen, die Verbindung der Landesbahn mit dem Bodensee und mit Würtemberg u. a. von der Regierung erbeten. Mit der Lüge, die Kammer habe nichts gethan, kann der Jesuit nur ganz rohe, unwissende Menschen berücken und für solche Menschen hält er die Mehrzahl des badischen Volkes!

Eben so unverschämt verkehrt der Jesuit die wohlthätigsten Gesetze in Landplagen und verunglimpft dadurch mehr die Regierung als die Stände. Die Gemeindeordnung — sagt er — habe unerschwingliche Umlagen gebracht, die Zehntablösung habe dem Mittelstande geschadet! So saugt der Jesuit selbst aus dem Honig — Gift!

Alsdann aber beschuldigt er die Opposition geradezu des Hochverraths! „Die Mehrheit dieser Kammer oder die Opposition" — sagt er — „will über die Landesverfassung hinaus, sie will eine Freiheit nicht mehr für das Volk, sondern für sich selbst. Sie will nach und nach sich immer mehr über die Macht der Regierung erheben und diese beherrschen." Gleich darauf heißt es: „Deutschland soll eine große Republik werden. Der Führer der Liberalen, Vater Itzstein, würde dann der Präsident und die andern Getreuen kämen in den Senat! Kurz: Umsturz des Bestehenden will der Radikalismus."

Wir tadeln nicht, daß Hr. v. Uria, der Censor, welcher den liberalen Blättern die unverfänglichsten Mittheilungen, selbst bloßer Thatsachen, streicht, dieser Stelle die Druckerlaubniß ertheilt hat. Im Gegentheil, wir würden bedauern, wenn sie unterdrückt worden wäre, denn sie allein reicht hin, um das Treiben der Jesuiten in seiner ganzen Scheußlichkeit darzustellen. Allein es kommt noch besser.

„Und du, liebes Volk, das du die großen Freiheitsredner zum Landtage bisher gewählt hast, was würde dir für ein Glück aus dem Sturze der Obrigkeit erblühen? Du müßtest die Zeche bezahlen mit deinem letzten blutigen Heller; ich sage blutigen Heller. Du müßtest die Gräber füllen und bluten und fallen für deine Redner." —

Der Jesuit hätte nicht nöthig gehabt, nach dieser Blutstelle das Volk an die Gräuel der Schreckenszeit zu erinnern; wahrlich, seine eigenen Worte erinnern an jene Zeiten, an die falschen Jakobiner, deren Werk die ärgsten Greuelthaten waren, durch welche sie die wahre, heilsame Freiheit in schlechten Ruf gebracht und dann vernichtet haben. Gerade das Nämliche wollen die Jesuiten bei uns. Aus der angeführten Stelle aber schöpfen wir eine doppelte Wahrnehmung. Der Jesuit will:

1. Die Rohen im Volke an Mordgedanken gewöhnen, dem Mittelstand Abscheu vor seinen bisherigen Vertretern einflößen und so, durch Furcht und Schrecken, Jesuiten in die Kammer bringen.

2. Für den Fall einer Niederlage bei den Wahlen, die nicht ausbleiben wird, soll das Volk auf Gewaltthätigkeiten vorbereitet werden.

In allen Kriegsliedern feuern die Mahnungen an den Jammer und das Elend, welches der Feind über die Familien bringen werde, am meisten zum todesmuthigen

Kampfe an. Man denke an die Strophe des Marseiller Kriegsliedes, worin es heißt: „Hört ihr in jenen Fluren, die wilden Streiter brüllen? Sie kommen, um euere Frauen und Söhne selbst in euern Armen zu erwürgen.“ Des nämlichen Mittels bedient sich der Jesuit, um das Volk gegen seine Vertreter aufzuhetzen!

Wir gehen nicht weiter. Der Rest der Flugschrift zeichnet sich hauptsächlich durch die tiefe Heuchelei aus, womit den Evangelischen die Religionsgefahr, die ihnen von dem Lichtfreunde Zittel drohe, vorgespiegelt wird.

Gott sei Dank! solche Flugschriften sind bei uns nur denen schädlich, von denen sie ausgehen. Sie geben sich damit dem allgemeinen Abscheu preis. Schon zeigen die Urwahlen, daß der weitaus größere Theil des Volkes zu viel gesunden Verstand, Menschlichkeit und Bildung besitzt, als daß er solchem abscheulichen Treiben zugänglich wäre. Katholiken und Evangelische glauben an den Gott der Liebe, nur Wenige horchen der Mahnung zur Zwietracht und zum Hasse. Mögen die Flugschriften — außer der hier beleuchteten, welche für die gebildeten Evangelischen bestimmt ist, sind noch ähnliche, für die niederen Volksklassen, in der Arbeit — mögen sie zu Tausenden verbreitet werden! Sie tragen mächtig dazu bei, dem Volke die Augen zu öffnen über die verderblichen Plane, welche die jesuitische und absolutistische Partei durch die Kammerauflösung gegen die Regierung wie gegen die Bürger zu erreichen hofft. Jesuit — du hast dich geirrt im badischen Volke! —

Konstanz, 27. Februar. Gestern war im hiesigen Theatersaale eine Versammlung, angesagt von der conservativen, besucht von beiden Parteien. Hr. David Beutter eröffnete dieselbe und stotterte (buchstäblich) eine Rede gegen Mathy und andere Mitglieder der früheren Mehrheit; er kam bis zu Soiron, dessen Anfeindung wegen der Motion er der Liebschaft desselben mit einem Kellermädchen zuschrieb. Eine Stimme rief: Pfui! Da erklärte der Redner, dieser Zwischenruf veranlasse ihn plötzlich abzubrechen (wie jener durch einen Säbelhieb gespaltene Türke in einem Fastnachtsstücke erklärt: unter diesen Umständen verbiete ihm das Ehrgefühl länger zu leben). Die Herren August und Karl Volderauer verlasen Schimpfreden gegen die liberalen Mitglieder der letzten Kammer, insbesondere gegen Mathy, v. Itzstein, Bassermann, Welcker, v. Soiron. Hierauf erhob sich David Beutter und rief: „Eine Vereinigung ist unmöglich!“ — Der Bürgermeister rief: „Nein, nein!“ — Oberamtmann Meßmer, Director Lender, Professor Leiber und einige pensionirte Beamte erhoben sich. Karl Volderauer rief: Hinaus, hinaus! Die Vorgenannten, in Begleitung von 60 bis 70 Paradiesern und der sieben Schwaben drängten fort. Der Bürgermeister rief: „Wer Ordnung liebt, der bleibe.“ Ungefähr der fünfte Theil der Versammlung, gegen 90 bis 100 Personen, verließen den Saal. Bürgermeister Huetlin sprach sehr bewegt treffliche Worte, als warmer Freund der Verfassung und gebildeter Mann; Dekan Kuenzer mit Kraft und Feuer; Obergerichtsadvokat Dr. Würth in schwunghafter Rede. Zuletzt trat Jos. Fickler auf, rief die Ursachen des Verfalles der Stadt den Bürgern in das Gedächtniß und schilderte die schädliche Einwirkung des Hauses Volderauer seit der Zeit, wo Konstanz badisch wurde, bis auf den heutigen Tag. Sämmtliche Vorträge fanden allgemeinen Beifall. Schon sind mehrere früher irre geleitete Bürger durch die offene Darlegung der Wahrheit auf den rechten Weg zurückgekehrt. Bis 11. März werden die Wahlmännerwahlen beendigt sein, und daß die Jesuiten hier unterliegen, daran zweifle ich nicht. Mathy's Wiedererwählung scheint mir gesichert.

---

* Stockach, 27. Februar. Gestern wurden hier die Wahlmänner ernannt Beamte, Geistliche und niedere Diener, in Verbindung mit fanatisirten Menschen aus der untersten Volksklasse, wirkten mit äußerster Anstrengung gegen die verfassungstreuen Bürger, Aber es war eine Freude, zu sehen, wie der Kern der Bürgerschaft sich wehrte und den Sieg davon trug. Gewählt wurden: Bürgermeister Straub mit 198, die drei übrigen liberalen Kandidaten mit mehr als 200 Stimmen, während die höchste Stimmenzahl der Gegner 102 betrug. Unendlicher Jubel erschallte bei Verkündung des Ergebnisses und selten haben die wackern Bürger von Stockach einen so fröhlichen Abend gefeiert. Straub's Wiedererwählung ist durch diese Wahl gesichert, denn nur in einigen Landgemeinden hat der schwarze Landsturm gesiegt; in den meisten wurde er, wie hier, total geschlagen. Aus den Aemtern Engen, Möhringen und Mößkirch laufen die befriedigendsten Nachrichten ein. In Engen sind der frühere Abgeordnete Welte mit gleichgesinnten Freunden, in Altdorf dessen Bruder zu Wahlmännern ernannt worden. Morgen wird in Mößkirch gewählt. — Der Seekreis wird nicht dazu beitragen, die Verfassung, das Kleinod der bürgerlichen Freiheit, den Jesuiten in die Hände zu spielen! —

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg